

wechselt. Das ist die Einstellung der Russen, die Einstellung der Dritten Internationale, vorwiegend begründet in den Erfahrungen gerade der russischen Revolution. Dadurch, daß eben die russischen Genossen wirklich die Erfahrungen ihrer Revolution verwerteten und den Klassenverhältnissen in Deutschland nicht Rechnung trugen, ist die Dritte Internationale eben zu einem falschen Schluß gekommen. Die Russen sind die Dritte Internationale, und das andere, was drum und dran hängt, können wir mit mehr oder weniger Ausnahmen, aber mit der bestimmten Ausnahme des deutschen Spartakusbundes nicht als einen Bestandteil der Kommunistischen Internationale betrachten, sondern wir betrachten sie als irgendwelche Handlungsreisende, die in dem Moment gerade hier in Deutschland gewesen sind und sich durch Schlaueit oder irgendwelche Geschäftstricks da hineingeschmuggelt haben, die aber gar kein deutscher Proletarier überhaupt beauftragt hätte. Wir sind uns bewußt, daß die Scheidung der Dritten Internationale von diesen Elementen das Werk der K.A.P.D. sein muß. Dies kann nur durchgeführt werden, wenn wir auf diesem Wege fortschreiten, wenn wir in der Lage sind, die deutschen Proletarier zu vertreten, und Leute nach Rußland geschickt werden, die diesem Klassenwollen entsprechen und denen die deutschen Arbeiter dann das Vertrauen schenken, in diese andere Dritte Internationale. Wer das ist, ist gleichgültig. Aber diese Parteidiktatur und diese Filiale, die aufgemacht worden ist und den historischen Verhältnissen garnicht entspricht, zu zertrümmern, bewußt zu zertrümmern, das ist der Weg, der praktisch zur Dritten Internationale führt.

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Es ist noch folgender Antrag vom Vertreter der A.A.U. eingegangen:

"Sämtliche Mitglieder der K.A.P.D. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und der B.O. beizutreten. Ausgenommen hiervon können sein Mitglieder, die nicht gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Kontrolle erfolgt durch die Genossen."

Genosse O e l s c h l ä g e r - (Nord):

Die Ansichten des Bezirks Nord decken sich im großen und ganzen mit den Ausführungen von Genosse Schröder. Wir stehen auf dem Standpunkt der proletarischen Demokratie, d.h., daß auch Minderheiten hier zum Ausdruck kommen sollen. Deshalb haben wir nichts gegen das Auftreten des Genossen Mannsfeld. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß der Standpunkt der Minderheit in diesem Fall absolut nichts schadet. Er hat nur Negationen vorgebracht,

absolut nichts Positives. Die Haltung der Berliner K.A.Z. bei Aufnahme in die Dritte Internationale billigen wir auch nicht. Zu dem Ausschluß des Genossen Rühle haben wir weder für noch gegen Stellung genommen. Aber da dem Hauptausschuß irgendwelche Dinge zu unterschieben, halte ich für sehr verfehlt. Wir haben stillschweigend uns auf den Standpunkt der Zentrale gestellt und keine Stellung gegen den Beschluß des erweiterten Zentralausschusses genommen, weil er vom letzten Parteitag gewählt ist und somit das Vertrauen dieses Parteitags hat. Die Stellungnahme der Genossen Rühle und Merges billigen wir deshalb nicht, weil sie den Kongreß in Moskau vorzeitig verlassen haben und damit unterlassen haben, gemäß ihrem Mandat ihre Stellung zu allen Fragen klarzulegen. Nicht unsere Stellungnahme zur Internationale ist ausschlaggebend, sondern maßgebend ist, was wir in der nächsten Zeit durchzuführen gedenken. Das Schwerwiegende liegt nicht außerhalb des Landes, sondern vorläufig im Lande. Die Ausführungen Mannsfelds brachten nichts Sachliches, sondern nur Persönliches. Das entspricht keiner proletarischen kommunistischen Weltanschauung und Auffassung, sondern einer bürgerlichen. Das verträgt sich absolut nicht mit unserem Standpunkt. Die proletarischen Massen denken anders als die Genossen Mannsfeld und Pfemfert. Unseren Antrag zur Internationale ziehen wir zugunsten des Antrags Mitteldeutschland zurück. Den Standpunkt des Bezirks Spandau-Osthavelland zur Schreibweise der K.A.Z. nehmen wir nicht ein. Die Entwicklung in Deutschland zu behandeln, halten wir für wichtig. Die Fragen der Internationale und Rußland haben unserer Meinung nach noch zu viel Raum in der K.A.Z. eingenommen. Den Antrag Zwickau zur Internationale verwerfen wir selbstverständlich.

Zur Union haben wir folgenden Antrag gestellt, der sich mit den Ausführungen des Genossen Schröder deckt:

"Der Parteitag der K.A.P.D. sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats in der kommenden kommunistischen Gesellschaft. Sie verpflichtet die Mitglieder zu reger Propaganda für die Betriebsorganisation, erklärt jedoch, daß der Zeitpunkt des Verschwindens der Parteien nicht durch Resolutionen und Reichskonferenzbeschlüsse bestimmt werden kann, sondern eine Frage der historischen Entwicklung ist, daß die Parteien absterben werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben. Dieser Augenblick wird erst eintreten, wenn der proletarische Staat beginnt, sich in die kommunistische Gesellschaft umzuwandeln. Der Parteitag erklärt, alle Bestrebungen, die auf Auslösung der Partei in der jetzigen Zeit hinzielen, mit aller Energie zu bekämpfen."

Unseren Antrag, der den Austritt aus den Gewerkschaften obligatorisch macht, ziehen wir zugunsten des Antrages von Genosse Ilau zurück. Der Genosse Mannsfeld beklagte sich über den Einfluß von Berlin. Ich traue jedem Delegierten hier zu, daß er sich seine eigene Meinung selbst bilden kann. Aber wenn Berlin die Mehrheit der Partei hinter sich hätte, würden wir uns diesen Beschlüssen dieser Mehrheit fügen, denn wir folgen denen, die der Vortrupp der Revolution sind. Wir halten es für eine unerbittliche Notwendigkeit der Revolution, daß die Einheit vor allen Dingen gewahrt werden muß, selbst wenn wir die Genossen Mannsfeld und Pfemfert verlieren sollten.

Es wird hierauf folgender Geschäftsordnungsantrag von Berlin angenommen:

"Der Geschlossenheit der Diskussion wegen bitten wir, bis zur Beendigung dieses Punktes zu tagen."

Es wird weiter beschlossen, gegen 8 Uhr eine halbe Stunde Pause zu machen und dann weiter zu tagen.

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Ich habe mich auch in die Rednerliste eintragen lassen zu einigen Richtigstellungen. Die Delegation, die nach Rußland entsandt worden ist, um den Anschluß als sympathisierende Partei dort vorzutragen, ist nicht vom Hauptausschuß nach Moskau entsandt worden, sondern vom erweiterten Zentralausschuß, das heißt von den Vertretern der verschiedenen deutschen Wirtschaftsbezirke. Ich stelle das ausdrücklich fest, damit nicht die Meinung entsteht, daß von wenigen Personen des Geschäftsführenden Hauptausschusses die Delegation entsandt worden ist.

Dann sagte Genosse Pfemfert, daß keine technischen Schwierigkeiten vorgelegen, das Protokoll des letzten Parteitags drucken zu lassen. Der Genosse Pfemfert wollte die Drucklegung des Protokolls ermöglichen, so, daß sich die Partei verpflichtete, 3000 Exemplare abzunehmen. Der Genosse Pfemfert hätte vielleicht 5000 Exemplare drucken lassen, von denen er dann 2000 auf eigene Rechnung verkauft hätte. Ein Vorteil wäre für die Partei dabei nicht entstanden, sondern sie hätte 5000 Exemplare bezahlen müssen und hätte nur 3000 erhalten. Und deshalb wurde von der Drucklegung Abstand genommen.

Dann wurde behauptet, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß versucht habe, seine Meinung innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke durchzudrücken. Ich stelle demgegenüber fest, daß der Geschäftsführende Hauptaus-

schuß nur in den Wirtschaftsbezirken vertreten war, von denen er aufgefordert worden ist, ein Referat zu übernehmen. Ich will das extra protokollarisch feststellen, um den Betreffenden das Wasser für ihre Agitation nach außen hin abzugraben, die damit eben operieren, weil ihnen sachliche Argumente fehlen. In Mitteldeutschland ist der Anschluß an die Dritte Internationale als sympathisierende Partei mit 19 gegen 10 Stimmen, also mit einer 2/3-Mehrheit angenommen worden, sodaß der Genosse Mannsfeld als Vertreter des Mitteldeutschen Bezirks nicht die Ansicht der überwiegenden Mehrheit dieses Bezirks hier zum Ausdruck gebracht hat. Er hat somit sein Mandat überschritten, das ihm von seiten des Wirtschaftsbezirks gegeben wurde. Ich habe in der Wirtschaftsbezirkskonferenz von Mitteldeutschland noch gesondert fragen lassen, ob die Vertreter für den Parteitag auch die Beschlüsse des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland auf dem Parteitag vertreten oder auf ihre Kandidatur zum Parteitag verzichten wollen. Der Genosse Mannsfeld hat darauf die Kandidatur nicht abgelehnt, wollte also damit zeigen, daß er gewillt ist, auch diesen Beschluß Mitteldeutschlands hier zu vertreten. (Hört, hört!) Er hat also das nicht gehalten, was dort versprochen war.

Auch auf der Bezirkskonferenz des Bezirks West-Sachsen war ich anwesend. Auch dieser Bezirk hatte in seiner überwiegenden Mehrheit den Beschluß gefaßt, als sympathisierende Partei zur Dritten Internationale zu gehören. Darauf haben diejenigen, die diesen Standpunkt nicht einnahmen - es waren hauptsächlich Funktionäre der A.A.U. - die Konferenz verlassen. Wie nun nachträglich dieser Antrag von Zwickau zustande gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich möchte diese Dinge feststellen, damit klargelegt wird, wie jene Vertreter die Interessen derjenigen Mitglieder ihres Bezirks hier vertreten, die immer von der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats reden und danach ganz anders handeln.

Vom Geschäftsführenden Hauptausschuß waren die Genossen Schwab und meine Wenigkeit auch zu dem Haller Parteitag der U.S.P.D. entsandt worden, damit wir politisch informiert sind. Dort wünschte der Genosse Sinowjew eine Aussprache mit uns. Die Genossen Rühle und Pfemfert, die auch anwesend waren und an die diese Aufforderung zuerst erging, kamen zu mir und erklärten: laßt Euch nicht auf eine Aussprache mit Sinowjew ein, denn wir haben derartig wichtiges Material in unserer Aktentasche, das wird in der nächsten Zeit veröffentlicht, und dann ist die Dritte Internationale in den Augen aller Proletarier gerichtet und kein Proletarier wird sich mehr mit

der Dritten Internationale identifizieren. Ich erklärte: wenn dieses Material so wichtig ist, müßt Ihr als Mitglieder der K.A.P.D. urs dieses Material sofort geben, damit wir darin Einsicht nehmen können. Das lehnten diese beiden Genossen ab. (Hört, hört!) In den nächsten Tagen erschien dann dieses wichtige Material in der "Aktion". Es war der Aufruf der Sozialrevolutionäre. (Genosse P f e m f e r t : Stimmt garnicht! Ein Teil!) Ich nehme wenigstens an, daß es das war. Wenn es anders sein sollte, dann täte es mir überaus leid, daß es noch nicht veröffentlicht worden ist. Ich will hier nur feststellen, welche Kampfmethod^e in unseren Reihen geübt wird von jenen, die glauben, in Erbpacht genommen zu haben, über die K.A.P.D. zu wachen.

Anläßlich des Haller Parteitages sprach in einer Versammlung, einberufen von der K.A.P.D. Ortsgruppe Halle, Rühle. Es kam dort derselbe Standpunkt zum Ausdruck wie heute bei Mannsfeld, daß der Kampf, in dem das westeuropäische Proletariat steht, kein politischer Kampf ist, daß die Revolution in Westeuropa keine politische Revolution ist, sondern daß sie im Gegenteil eine ökonomische werden wird. Daraus resultiert auch die Begründung des Pazifismus, des Syndikalismus, denn wenn die Revolution eine ökonomische wird, dann muß man sie mit ökonomischen Mitteln bekämpfen und nicht mit den Mitteln des Aufstandes, das wäre die notwendige Folge davon. Rühle sagte weiter, infolge der geistigen Einstellung des Proletariats ist eine Schaffung einer revolutionären Partei in Deutschland unmöglich, wir können mit solchen kleinen aufgeklärten Grüppchen keinen revolutionären Kampf führen. Das bedeutet also, daß man überhaupt ablehnt, die Gedanken der Revolution durch die Tat wie auch durch Worte zu predigen, weil es ja doch zwecklos ist. Und als dann am 20. August alles auf des Messers Spitze stand, als das deutsche Proletariat die russischen Brüder, die an der ostpreußischen Grenze standen, in ihrem Kampfe zu unterstützen hatte, als wir als alleinige Organisation die Parole der Aktivität, der Solidarität herausgaben, da schrieb Rühle einen Brief, als dieser Aufruf der Partei in der K.A.Z. abgedruckt war: wer sitzt dort in der Redaktion? Dort sind Putschisten, die bringen die Partei um Kopf und Kragen. Er schwamm also ganz in dem Fahrwasser der Pazifisten. Weiter sagt Genosse Rühle: wenn der Arbeiter aus dem Betriebe geht und in seiner Stube auf dem Sofa sitzt, dann ist für ihn die revolutionäre Frage erledigt; nur solange, wie er in dem Betriebe ist, denkt er revolutionär. Genosse Rühle weiß anscheinend nichts von der Not des Proletariats, das sich hauptsächlich ausdrückt, wenn er nach Hause kommt und seine Familie nichts zu beißen und zu brechen hat. Er

stellt sich den Proletarier als Kleinbürger mit einem Schrebergarten vor. Es ist tatsächlich zu bedauern, daß man sich hier auf dem Parteitag herstellen muß, um solche Dinge zu sagen. Man müßte tatsächlich glauben, daß alle diese Richtungen garnicht von den Proletariern ausgehen, sondern von Leuten, die den Proletarier nur vom Hörensagen kennen. (Lebhafte Zustimmung). So sehen wir denn auch z.B. in Ost-Sachsen, daß infolge derartiger Tendenzen die A.A.U. dort vor der Spaltung steht, und zwar dadurch, daß man eine derartige politische Organisation in die A.A.U. hineinpflanzt.

Ich hoffe, daß die K.A.P.D. zu klar sieht und daß die Delegierten der übrigen Wirtschaftsbezirke mit Ausnahme des Genossen Mannsfeld und des Zwickauer Delegierten einmütig die Auffassung haben werden, wie sie in dem erweiterten Zentralauschuß zum Ausdruck gekommen ist. Ich hoffe, daß Sie die entsprechende Resolution annehmen werden.

Genosse S p i n n r a d (Rheinland):

Als wir damals in Essen die A.A.U. gründeten, ließen wir uns nicht träumen, daß dieses Gebilde solche Korfusion hervorrufen würde. Wir haben damals die A.A.U. gegründet zu dem einzigen Zweck, um mit unserer kommunistischen Propaganda in die Betriebe eindringen zu können, weil wir in der illegalen Zeit nicht mit unserer kommunistischen Propaganda in die einzelnen Betriebe eindringen konnten. Es trat auch klar zutage, daß bei einer geschickten Agitationsweise die A.A.U. ungeahnte Dimensionen annehmen könnte. Der Spartakusbund war damals noch nicht zu einer reinen Auffassung gekommen; es hieß damals einmal: gegen die Gewerkschaften, und darn wieder: wir müssen in die Gewerkschaften hinein. Es war von dieser Partei nichts Konsequentes zu erwarten. Große Schichten der Proletarier, die sich im Spartakusbund organisiert hatten, befanden sich mit dem Spartakusbund in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage garnicht in Einklang. Wir hatten nun in unserem engeren Bezirk von diesen Wirrnissen und Streitfragen innerhalb der A.A.U. bisher garnichts oder wenig gehört. Erst nach der Leipziger Tagung traten diese Gegensätze mit aller Schärfe hervor. Leider ist zu konstatieren, daß sich die Delegierten von West-Deutschland samt und sonders auf die Parole einstellten: die Einheitsorganisation. Wir wollten bei unserer Gründung der A.A.U. alle revolutionären Elemente zusammenfassen, die

vollständig mit der gesamten bürgerlichen Auffassung gebrochen hatten, um als reine Klassenkämpfer sich ausleben und auswirken zu können. Vor diesem Standpunkt ist man leider abgegangen, und man ist auf Stimmen- und Mitgliederfang ausgegangen. Nach diesem reinen Klassenstandpunkt wird heute nicht mehr gefragt. Und so werden wir in aller Kürze konstatieren können, daß sich innerhalb der A.A.U. Schichten breit machen, die alles andere sind als Vertreter des Klassenkampfes. Und wir als K.A.P. haben alle Ursache, diese Bewegung innerhalb der A.A.U. sorgfältig zu beobachten (sehr richtig) und, wenn es nicht anders geht, Stellung gegen die A.A.U. zu nehmen (Hört, hört!), auch dann, wenn es den Oberbonzen nicht recht sein wird. (Hört, hört! und Sehr gut!) Denn leider macht sich in der A.A.U. das Bonzentum in der schlimmsten Form breit. Gewiß sollen wir keine Parteipolitik treiben, sondern wir sollen uns bloß als Kommunisten innerhalb der A.A.U. zeigen; und wenn wir den Kommunismus in die Köpfe der Mitglieder der A.A.U. einhämmern, dann haben wir unsere Pflicht erfüllt. Wie steht es aber heute in dieser Beziehung? Alles, was nur irgendwie mit der K.A.P.D. in Verbindung steht, wird von diesen Leuten dort schon von vornherein abgelehnt. Wenn man heute mit einer Aktenmappe irgendwo als Referent in der Versammlung der A.A.U. erscheint, wird man von vornherein schon als Bonze angesehen. (Heiterkeit) Es wird einem gleich gesagt: gewiß, Genosse, du bist ja ein ganz guter Kerl, aber Deine Aktenmappe kannst Du nächstens zu Hause lassen. (Heiterkeit) Das sind hysterische Leute, die solche Dinge sprechen, und gegen solche Hysteriker muß man Stellung nehmen. Das ist nur ein typisches Beispiel dafür, wie weit sich die Sinne in der Beziehung verirrt haben. Ich muß auch hier die Organisationsspielerei etwas streifen. Der Streik in Hamborn unseligen Angedenkens hatte solch große Chancen auf Erfolg, daß wir damals alle dachten, daß aus diesem Streik etwas Brauchbares für die Revolution zu machen gewesen wäre. Leider wurde die Stimmung innerhalb des revolutionären Proletariats in Rheinland und Westfalen von der berühmten V.K.P.D.-Zentrale in Berlin, Münzstraße, das Genick gebrochen. Das hätte für unsere Genossen ein Ansporn sein müssen, in der Agitation jetzt restlos ihren Mann zu stehen. Das war ein Propagandamittel, wie es uns so leicht nicht mehr geboten wurde. Leider hat man das versäumt und versuchte nun, diese schon von vornherein abgewürgte Aktion neu zu beleben. Einige radikale Personen versuchten nun von seiten der Union in Verbindung mit einigen Syndikalisten, diese Aktion auf die Spitze zu treiben, man rief den Generalstreik aus mit dem Erfolge, daß diesem Aufruf leider nicht nachgekommen werden konnte. Das sind Organisations- und Revolutions-

spielereien. Wenn diese Schandtat der Rätezentrale der V.K.P.D. restlos agitatorisch ausgenutzt worden wäre, dann hätte man für die Sache der Revolution viel mehr tun können als so. Nicht genug damit, man provozierte auch noch in anderer Beziehung wieder eine solche Bewegung und improvisierte mit einem kleinen Konsortium von hergelaufenen Leuten einen Generalstreik in Düsseldorf mit dem Erfolg, daß auch dieser ins Wasser fiel. So etwas darf nicht sein. Die Union ist zu ganz anderen Aufgaben da als kleine Streiks zu inszenieren, sondern sie hat sich restlos darauf einzustellen, den Endkampf vorzubereiten zur Überwältigung der kapitalistischen Gesellschaft. Das hat man heute ganz aus den Augen verloren, man will sich in jeder Form betätigen.

Ihr werdet Euch wundern, daß die A.A.U. bisher so wenig Erfolge im Bergbau gehabt hat. Es besteht dort die Gelsenkirchener Richtung, die freie Arbeiterunion, die heute unter den Fittichen der V.K.P.D. steht. Diese freie Arbeiterunion hat von Anfang an auf dem Programm der Betriebsräte gestanden. Nachdem dort aber der Generalstreik beschlossen worden war, sagte der Vertreter dieser Organisation, sie von der Gelsenkirchener Organisation der freien Arbeiterunion, würden sich dem Streik mit allen Mitteln entgegenstellen. Daraufhin sind viele Gruppen der Schachtorganisation heute dabei, sich der A.A.U. anzuschließen. Einige Zechen haben diesen Weg schon gemacht. Aber das Verderben ist, daß diese sich nicht mit dem Programm einverstanden erklären können. Auch dann noch nicht, wenn sie sich der A.A.U. angeschlossen haben, wollen sie nicht von ihren Betriebsräten ablassen; und das darf nicht sein. Trotzdem werden diese Gruppen in die A.A.U. aufgenommen. Weiter sind die Syndikalisten von Mühlheim a.R. schon längere Zeit zu der A.A.U. übergetreten. Auch diese Leute haben bisher von ihren gesetzlichen Betriebsräten noch nicht abgelassen. So können wir heute konstatieren, daß ein Konglomerat von Leuten sich in der A.A.U. breit macht, die nie auf einer gemeinsamen Basis stehen, und jede Gruppe nimmt für sich autonom ihre Auffassung von dem Statut in Anspruch. Wenn man da nicht mit einern Besen Ordnung schafft, wird die A.A.U. über kurz oder lang in sich zusammenbrechen. Der Weg dieser Leute, die heute das Heft in der A.A.U. in der Hand haben, ist nicht der richtige, und wir werden den Kampf mit diesen Leuten aufnehmen müssen. Leider hat die A.A.U. noch keine einheitlichen Satzungen in Deutschland. Einheitlich ist man wohl der Auffassung, daß die Parteiverneinung immer mehr und mehr Platz greift, aber nicht Parteiverneinung allerwege und die Propagierung der Einheitsorganisation, sondern man stellt sich bei uns auch die Propagierung der Einheitsor-

ganisation so vor, daß die Genossen der K.A.P.D. in die A.A.U. restlos übergehen können, daß sie der politischen Organisation Ade sagen sollen. Ist damit die Einheitsorganisation geschaffen? Es ist uns gesagt worden, Ost-Sachsen wäre der vorgeschrittenste Trupp des Proletariats, sie hätten dort die politische Partei überwunden. Gibt es bei Euch in Ost-Sachsen keine V.K.P., keine U.S.P., keine S.P.D., keine Deutschnationale Partei mehr? Oder habt Ihr Eure Einheitsorganisation dann erreicht, wenn außer der K.A.P. alle anderen Parteien ruhig bestehen können? Wir stehen vollständig auf dem Standpunkt des Genossen Schröder, daß die Propagierung der Einheitsorganisation unsere Hauptaufgabe sein muß innerhalb der A.A.U. Aber uns heute schon auf den Standpunkt zu stellen, daß die politischen Parteien zu verschwinden haben, ist ein Unding. Solange die bürgerliche Gesellschaftsordnung noch besteht und der politische Kampf nicht von wirtschaftlichen Organisationen betrieben werden kann, wird es auch noch politische Parteien geben. Daß die Genossen in der A.A.U. meinen, daß die politischen Parteien ein überwundener Standpunkt wären, das zeugt von der Kurzsichtigkeit dieser Leute. Die A.A.U. ist noch lange nicht, was sie eigentlich sein soll. Sie ist heute noch keine revolutionäre Organisation, kein Instrument des Klassenkampfes, sondern sie soll erst von den Kommunisten zu solchem Instrument gemacht werden, denn alles, was bisher die A.A.U. gemacht hat, daß sie das schon ist, als was sie sich ausgibt. Wir werden uns darauf einigen können, daß wir die Ansichten des Genossen Schröder als Gemeingut der Partei betrachten. Alle anderen Ansichten, so die von Ost-Sachsen können ruhig draußen bleiben. Es ist nicht unsere Absicht, als Partei einen maßgebenden Einfluß innerhalb der A.A.U. auszuüben. Wir müssen nur darüber wachen und eine Gewähr in Anspruch nehmen, daß wir die Mitglieder der A.A.U. als Klassenkämpfer erziehen, das sind sie bis heute noch nicht.

Genosse N a u t k u s s (Nord-Sachsen): Wir haben bei uns mit den Anhängern der Einheitsorganisation zu kämpfen. Genosse Pfemfert hat gesagt, durch die Dritte Internationale ist die Revolution gehemmt worden, indem sie die Spaltung in die Parteien hineingetragen hat. Das ist dasselbe, was die U.S.P. und die Gewerkschaften fortwährend jammern. Ich sage, daß dadurch die Dritte Internationale eine historische Aufgabe vollzogen hat, denn die Arbeitermassen fangen jetzt an zu denken und sind zum Selbstbewußtsein erwacht. Das können wir besonders in Braunschweig auch konstatieren, Die Braunschweiger Kommunistenzeitung, die Niedersächsische Arbeiterzeitung, übt in den letzten Nummern sehr scharfe

Kritik an Levi und Konsorten. Sie bekämpft die Zentrale der V.K.P. mit denselben Argumenten, mit denen wir bisher den Spartakusbund bekämpft haben. Die kommunistische Zeitung von Niedersachsen schreibt, daß die Dritte Internationale gewußt hat, was sie tat, als sie die K.A.P. als sympathisierendes Mitglied aufnahm, denn sie hat erkannt, daß der Spartakusbund oder die V.K.P. nicht so aktiv ist, wie sie sein sollte. Wir sind, sagt sie, deshalb von der Dritten Internationale aufgenommen worden, weil wir der revolutionäre Teil sind, weil die Zentrale der V.K.P. beim Kapp-Putsch, in den Augusttagen und jetzt bei den Besprechungen der Verhandlungen in Paris vollständig falsche Parolen ausgegeben hat und wir, die K.A.P. die richtigen Parolen ausgegeben haben. Wir sehen, daß da schon die Kritik dort hineingetragen worden ist. Pfemfert verfällt in dieselben Anschauungen und in dasselbe Gejammere.

Merkwürdig waren die Ausführungen des Genossen Mannsfeld über Rühle. Warum hat Rühle auf dem Gründungsparteitag der K.A.P. nicht gleich die Einheitsorganisation gepredigt und gesagt, daß die Partei nicht notwendig wäre, daß sie in der Union aufzugehen hätte? Er hat sich nach Moskau delegieren lassen und seine wahre Überzeugung verschwiegen. Er hat da schon urehrlich gehandelt.

Die Danneberg-Richtung in Braunschweig propagiert auch die Einheitsorganisation. Sie hat einen großen Aufruf erlassen und will den Eindruck hervorrufen, als ob sie eine große Organisation hinter sich hat. Sie nennt sich "sozialistische Industriearbeiter-Union Deutschlands". Sie hat sich auch eine Generalexekutive für das ganze Reich geschaffen. In diese ist die ganze Konferenz hineingewählt worden, die in Braunschweig vertreten war. (Heiterkeit) Auf dieser Konferenz waren nur 23 Genossen aus Braunschweig und 3 Genossen aus dem Bezirk Braunschweig (Heiterkeit), die aber das nicht anerkannt haben. Die ganze Exekutive besteht nur aus dem Anhang Dannenbergs. Man hat dort einen besoldeten Beamtenapparat erst geschaffen und geht nun mit amerikanischem Bluff in die Welt hinaus, als wäre sie eine große Organisation im Reich, um dort Dumme zu finden, die nachher die Mittel für sie aufbringen. Die Generalexekutive setzt sich aus einem Mitglied von jeder Industrieabteilung zusammen. Es bestehen nun über 20 Industrieabteilungen. 23 waren auf der Konferenz. Also hat jeder einen Posten erhalten. (Heiterkeit) Die Union in Braunschweig hat Dannenberg ganz energisch abgeschüttelt. Das ist nur dadurch gelungen, daß die Partei sich energisch um diese Sache gekümmert hat. Dannenberg steht jetzt vollständig mit seinem Anhang allein und versucht jetzt, im Reiche Dumme

zu finden, die das Geld für sie aufbringen. Es sind keine Revolutionäre, denn sie lehnen den Kampf mit der Waffe ab. Sie wollen nur mit der Wissenschaft kämpfen. Wir in Braunschweig stehen auf dem Standpunkt, daß wir mit der Wissenschaft und auch mit der Waffe kämpfen müssen. (Sehr gut!)

Es tritt hierauf eine halbstündige Pause von 7.40 - 8.10 ein.

Abend nach 8 Uhr

Genosse D r e b e t z k i (Osthavelland):

Es ist hier bemängelt worden, daß die Union mit der K.A.P.D. in Differenzen geraten ist. Wo das vorgekommen ist, mag auf den Aufbau der Betriebsorganisation zu Anfang nicht so großes Gewicht gelegt worden sein. Wir haben in Spandau-Osthavelland in der ersten Zeit auch nicht solch großes Gewicht darauf gelegt. Als aber nachher allerhand Strömungen hineinkamen, gingen wir anders vor und nahmen die Mitglieder nicht gleich in die A.A.U. auf, sondern machten denen, die eintreten wollten, erst zur Pflicht, das Programm der A.A.U. zu lesen und nach vier Wochen zu erklären, ob sie sich mit dem Programm einverstanden erklären können. Wir haben nicht all und jeden aufgenommen, um nicht irgendwelche Wirkköpfe und allerhand Strömungen hineinzubekommen. Daher besteht auch bei uns ein sehr gutes Verhältnis zwischen A.A.U. und K.A.P.D. Genosse Rühle ist mir als Feigling bezeichnet worden. Ich kann dem nur zustimmen. Im Auftrage einiger unserer Mitglieder, die dachten, daß wir sie von der Bezirksleitung über Rühle nicht richtig informierten, habe ich den Genossen Rühle gebeten, in einer Versammlung in Spandau-Osthavelland zu erscheinen. Er hat auch zugesagt. Kurz vor der Versammlung habe ich ihn nochmals schriftlich aufgefordert, zu erscheinen. Der Genosse Rühle ist aber nicht erschienen. Ein paar Tage später traf ich ihn. Er ging mit einer Handbewegung darüber hinweg. Das ist für ihn charakteristisch.

Nun zu unserem Antrag: "Die Schreibweise der K.A.Z. zu revidieren dahingehend, daß den Mitgliedern eine bessere Aufklärung geschaffen wird über unsere Opposition gegen die Auswirkung der proletarischen Diktatur in Rußland unter Staatsautorität. Der Parteitag sieht darin die ebenso in gleichlaufendem Referat die Stabilisierung der K.A.P.D." Es ist gesagt

worden, daß die K.A.Z. nicht so viel Platz hätte, sich damit zu beschäftigen. Wenn aber die K.A.Z. über Rußland schreibt, müssen wir unseren Mitgliedern auch klar machen, was unter Staatsautorität zu verstehen ist und was unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen ist. Das können meistens die Mitglieder nicht auseinanderhalten, sie verstehen genau dasselbe darunter. Darum ist über diesen Gegensatz Aufklärung zu schaffen.

Genosse S c h w a b - Berlin:

Aus der Gesamtdiskussion verstehe ich den Antrag von Spandau-Osthavelland so, daß die Spandauer Genossen einen theoretischen Unterschied machen zwischen Diktatur des Proletariats und Staatsautorität. Dieser Unterschied scheint sich mit einer Reihe von Gedankengängen zu berühren, die heute zur Frage der Parteidiktatur und zur Frage der Einheitsorganisation usw. zum Ausdruck gekommen sind. (Sehr richtig!) Auf diese allgemeinen Dinge möchte ich gleich ganz allgemein und grundsätzlich eingehen. Die Frage, in welcher Form die Diktatur des Proletariats sich bei uns in Deutschland ausgestalten wird, läßt sich von vornherein nicht eindeutig bis in alle Einzelheiten beantworten. Aber ich glaube doch, daß man die Grundlinien der künftigen Entwicklung doch wohl etwas schärfer und deutlicher sehen kann, als es bisher von sämtlichen Rednern getan worden ist. Ich bin nämlich überzeugt, daß die schweren politischen Fragen, die das Proletariat zu lösen hat, keineswegs leichter werden von dem Moment an, wo das Proletariat in irgendeinem günstigen Moment die Macht übernommen hat, sondern daß sie dann zunächst noch schwerer werden (sehr richtig!), weil nämlich dann die ganze Verantwortung für das politische Schicksal des gesamten Proletariats der proletarischen Diktatur zufallen wird. Die Aufgaben werden dann zu einem sehr großen Teil wirtschaftlicher und allgemein gesellschaftlicher Natur sein, sie werden zu einem sehr starken Teil und noch auf lange Zeit hinaus auch rein politisch sein. Schröder hat von den Notwendigkeiten gesprochen, eine auswärtige Politik von dieser deutschen Diktatur des Proletariats aus zu treiben und diese auswärtige Politik natürlich auch mit den nötigen politischen Machtmitteln zu unterstützen. Aber mindestens ebenso großes Gewicht ist zu legen auch für lange Zeit auf die innerpolitischen Notwendigkeiten, die diese Diktatur zu erfüllen hat. Vielleicht ist sogar in einem verschärfteren und erschwerten Maßstabe als in Rußland der Kampf des siegreichen Proletariats gegen die zunächst einmal unterdrückte Bourgeoisie und ihre gesamten Mitläufer militärisch, bäuerlich, kirchlicher Art usw. zu führen. Zu den politischen Mitteln

hierfür gehört der Apparat der proletarischen Gerichte, Revolutions-Tribunale, der gesamte innenpolitische Verwaltungsapparat, die rote Armee. Das sind alles Dinge, die nur von politischen Räten, nur von einer politischen Macht ausgeführt und durchgeführt werden können. Und wenn man dann unterscheiden möchte zwischen Staatsautorität und Diktatur des Proletariats, so weiß ich wirklich nicht genau, wo eigentlich in den konkreten Tatsachen dieser Entwicklung dieser Unterschied liegen soll. Denn was ist der Staat? Die Institution einer Klasse zur Unterdrückung der anderen Klasse, eine besondere Repressionsgewalt, eine von Volksganzen losgelöste Institution; und eine solche politische Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen wird auch das deutsche Proletariat zur Unterdrückung der Bourgeoisie und aller konterrevolutionärer Regungen auf lange Zeit hinaus brauchen. (Sehr richtig!) Das ist eine Staatsautorität und nichts anderes. Und eine Staatsautorität hat sich zu stützen schließlich letzten Endes auf die Gefängnisse und die bewaffnete Macht. Gewiß werden die einzelnen Glieder dieser Staatsautorität anders aufgebaut sein als die der alten. Die rote Armee wird von Grund aus mit anderem Geiste erfüllt sein, auch organisatorisch anders gestaltet sein als die bisherige weiße Armee des bürgerlichen Staates. Aber eine Staatsgewalt wird vorhanden sein. Wenn wir uns das vor Augen halten, so muß man doch auch sehr bedenklich werden gegen die Propaganda der Einheitsorganisation. Da gehe ich weiter als andere Diskussionsredner bisher. Wenn man gesagt hat, daß die Einheitsorganisation des Proletariats letzten Endes erst verwirklicht sein wird als Organisation der in einer klassenlosen Gesellschaft produzierenden Menschheit, so entbehrt damit der Begriff "Einheitsorganisation" nahezu jeden besonderen Inhalt. Diese Propaganda für eine Einheitsorganisation ist dann ihrem faktischen Inhalte nach, ihrem konkreten Ziele nach nichts anderes als die Propaganda für die kommunistische Gesellschaft. (Sehr gut!) Daß wir Propaganda für die kommunistische Gesellschaft machen wollen, darin sind wir uns alle einig und auch mit der Union einig. Wenn man daneben noch eine besondere Propaganda für die Einheitsorganisation macht, so kann nichts anderes dahinterstecken, als daß man eben den Worten "Einheitsorganisation" irgendeinen anderen Inhalt unterschiebt, irgendeine nebelhafte Zusammenfassung des Proletariats schon vor der kommunistischen Gesellschaft, schon im Laufe des Kampfes in irgendwelchem Stadium -darüber besteht die Meinungsverschiedenheit, in welchem-, indem es schon nicht mehr nötig sein wird, politische Organisation und wirtschaftliche, gesellschaftliche Organisation getrennt zu haben. Ein sol-

ches Stadium des Kampfes, in dem das möglich wäre, sehe ich nicht vor dem Endstadium. (Sehr richtig!) Und so bin ich der Ansicht, daß die Propaganda für die Einheitsorganisation, die im Programm der A.A.U. steht, künstlich züchtet eine Illusion beim Proletariat. Daß diese Illusion bei den Arbeitern vorhanden sein muß, verstehe ich ganz gut aus dem Widerwillen heraus, der sich jedes gesunden Menschen einmal bemächtigt, wenn er eine Zeitlang in politischen Kämpfen gestanden hat, der da sagt: was sollen diese ganzen Streitereien, im Grunde genommen sind wir ja einig, als strömen wir in eine Einheitsorganisation zusammen. Diesen Gedankengang verstehe ich ganz gut. Aber damit ist nicht gesagt, daß er richtig wäre. (Sehr richtig!) Das ist ein notwendiges Ergebnis eines sehr qualvollen Kampfes, der jeden einmal befällt, und dann kommt einmal die schwache Stunde, wo man die Klarheit lieber beiseite läßt zugunsten einer schönen phantastischen Idee. Aber es darf nicht die Aufgabe und das Programm der A.A.U. sein, auf diese Illusion irgendwie einzugehen, sondern es muß ihr Programm werden, diese Illusion zu beseitigen nicht zugunsten irgendeiner bestimmten politischen Partei, sondern zugunsten einer klareren Einsicht in die Notwendigkeiten der Weiterentwicklung des politischen und wirtschaftlichen gesellschaftlichen Kampfes. Nun sagt man, die Union ist ja heute schon der Anfang einer Einheitsorganisation, denn sie kämpft ja heute schon zugleich politisch und wirtschaftlich. Das ist ja richtig, die Union kämpft und sollte viel mehr, als sie es faktisch tut, politisch und wirtschaftlich zugleich kämpfen. Das ist aber nie ganz scharf formuliert worden. Wenn sie Wert darauf legt, daß es so ist, so wird damit einmal der Unterschied festgehalten gegenüber der Art des wirtschaftlichen Kampfes, wie ihn die Gewerkschaftler verstehen, in deren Sprache wirtschaftlicher Kampf nichts anderes bedeutet als der Kampf um einen Tarif, um eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter, um eine Reform wirtschaftlicher Art. Da wir dieser Art des wirtschaftlichen Kampfes ein für allemal abgeschworen haben und der wirtschaftliche Kampf auf diese Ziele nicht beschränkt sein darf, so verstehe ich natürlich sehr gut, wenn die Union erklärt: wir sind keine reine wirtschaftliche Organisation. Und auch weil heute wirtschaftliche Kämpfe, sofern sie irgendwie über das kleinste Maß hinausgehen, in politische Kämpfe übergehen, so ist es natürlich auch richtig von der Union, zu sagen, sie kämpft wirtschaftlich und politisch zugleich. Aber nun daraus die Folgerung ziehen zu wollen, daß die Union bereits der Anfang der Einheitsorganisation sei, die vor der kommunistischen Gesellschaft zu verwirklichen wäre, das scheint mir denn doch

falsch, denn der erste von mir angeführte Grund ist allerdings etwas erster. Es gibt Verteidiger der Einheitsorganisation im heutigen Stadium, die sagen: da heute ernsthafte wirtschaftliche Kämpfe sofort in politische umschlagen müssen, ist es notwendig, eine Organisation zu schaffen, die auf beiden Gebieten kämpft. Dieses Argument übersieht vollkommen, daß der politische Kampf ja seine Stätten noch außerdem hat, daß die politischen Kämpfe infolge der wirtschaftlichen Kämpfe ja lange nicht der einzige Kampf politischer Art ist, den die Arbeiterklasse zu führen hat, sondern daß es daneben rein politische Kämpfe gibt, die auch auszufechten sind schon innerhalb der Arbeiterklasse selbst zwischen den nun einmal bestehenden politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ein anderes Argument dagegen bringt uns sachlich weiter, das davon ausgeht, daß man bisher unter wirtschaftlichen Kämpfen reformistische Verhandlungen verstanden hat, die man nicht mehr will. Dieser Kampf, den die Union zu führen hat, ist ein politischer Kampf auf dem wirtschaftlichen Felde. Den Unionisten kommt es nicht mehr darauf an und kann es nicht mehr darauf ankommen, innerhalb des kapitalistischen Systems kleine augenblickliche vorübergehende Vorteile zu erringen. Aber für die Machtergreifung des Proletariats ist es von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß eine Organisation vorhanden ist, die ihr Augenmerk darauf richtet, die Produktion zu übernehmen. Und den Vorgang der Übernahme der Produktion kann man schließlich einen wirtschaftlichen oder einen politischen Kampf nennen. Einer solchen Tatsache gegenüber versagt diese Unterscheidung eigentlich vollständig. Es ist ein politischer Kampf auf dem wirtschaftlichen Felde. Politisch ist der Kampf insofern, als die Übernahme der Produktion nur mit Unterstützung politischer Machtmittel möglich ist, nicht durch wirtschaftliche Mittel, nicht durch Streiks, die nur Phasen des Kampfes sein können. Der entscheidende Akt der Besitzergreifung der Produktion ist ein Akt der Gewalt. Das Kapital wird herausgeworfen, und die Arbeiter setzen sich in die Betriebe. Die Aufgabe der politischen Partei ist dementsprechend, den Akt der Gewalt vorzunehmen dort, wo der Verwaltungskörper, wo der politische Machtkörper sitzt, im Verkehrswesen, im politischen Verwaltungsgebäude, in dem politischen Verbindungsglied über das Land hinaus und in der Armee. Das sind die rein politischen Aufgaben, die die politische Partei in dem Kampf der Entscheidung durchzuführen hat. Daneben muß es diese Organisation geben, die mit politischen Mitteln die Produktion in die Hand nimmt und dann zugunsten der Wirtschaft des Proletariats umgestaltet. In diesem Sinne ist die Union eine politisch wirtschaftliche Organisation.

Und in ihren Schulungskämpfen muß sich die Union darauf einstellen, diese Dinge vorzunehmen. Ich verstehe sehr gut, daß unsere russischen Genossen so großen Wert darauf legen, die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. Wenn das Heckert, Brandler und diese ganzen Konsorten tun, so hat das andere Gründe, das ist ihr Geschäft, und in dem Geschäft möchten sie gern bleiben. Aber die russischen Genossen haben gute Gründe, wenn sie dabei auch einen falschen Weg einschlagen. Sie haben die Überlegung: wie soll die proletarische Macht in Deutschland sich halten, wenn der Produktionsapparat nicht in den Händen des Proletariats ist? Wie soll er sich halten, wenn das Proletariat keine Organisation hat, die dieser Aufgabe gewachsen ist? Daß die Gewerkschaften für diese Aufgabe ganz ungeeignet sind, brauche ich nicht besonders zu sagen. Diesen Gründen gegenüber müssen wir aber innerhalb der Union mehr Gewicht als bisher darauf legen, die klaren Richtlinien des Kampfes der Union herauszuarbeiten. Darum wird sie auch darauf achten müssen, daß die Neigung zum Betriebs-Egoismus vermieden und überwunden wird. Der Betriebsorganisation, die im übrigen eine für den Kampf absolut vorzügliche Form ist, haftet doch der Nachteil an, einen gewissen Betriebs-Egoismus zu erzeugen, eine gewisse syndikalistische Einstellung, die da sagt, das ist unser Betrieb, wir haben für die Interessen unseres Betriebes zu sorgen. Es wird Aufgabe der K.A.P.D.-Genossen innerhalb der Union sein, auf alle diese Dinge künftig viel stärker zu achten als bisher und die revolutionären klaren Gesichtspunkte der K.A.P.D. dort durchzudrücken. Der Parteitag wird sich auch darüber einig sein, daß es für uns heißt, in die Union hineinzugehen und unsere Gesichtspunkte in ihr zu propagieren. Manche Unterlassungssünde ist in der Beziehung eilig zu korrigieren. (Sehr gut!)

Nun zu der Frage wie eigentlich unsere Partei sich zu ihrer eigenen Rolle innerhalb der Diktatur einstellen soll. Man hat erklärt, die Verpflichtung die wir der Dritten Internationale gegenüber übernommen haben und die ich auch gut heiße, daß wir alle revolutionären Aktionen der V.K.P.D. brüderlich zu unterstützen hätten, könnte uns in eine ganz verheerende Lage bringen, wenn die V.K.P.D. doch tatsächlich einmal eine revolutionäre Aktion unternähme und siegte. (Heiterkeit) Wie absolut töricht, demokratisch unhistorisch ist der Gedanke, daß gegenüber solchen Situationen noch ein unterschriebenes Papier noch irgendwelchen Wert haben soll! Wenn die Gefahr einer durch Parteibewaffnung unterstützten Diktatur, einer auch gegen uns gerichteten Diktatur tatsächlich eines Tages drohen sollte, wer kann dann meinen, daß wir uns an die Verpflichtungen

gegenüber der Dritten Internationale erinnern würden! Aber rein formal liegt die Sache so, daß selbstverständlich nicht nur wir die revolutionären Aktionen der V.K.P.D. brüderlich zu unterstützen haben, sondern daß selbstverständlich auch die V.K.P.D. unsere revolutionären Aktionen brüderlich zu unterstützen hat. (Genosse P f e m f e r t : Wo steht das?) - Auch das ist unhistorisches Denken, wenn Sie fragen, wo das steht. (Heiterkeit) Ich glaube auch, daß so ein unterschriebenes Papier nicht existiert. Nehmen wir also einmal an, daß eines Tages die V.K.P.D. im Besitz der politischen Macht wäre. In dem Moment würde natürlich in Deutschland Tod und Teufel los sein, es würde alles drunter und drüber gehen, und es würde die Parteidiktatur keineswegs vom ersten Tage an die Zügel so fest in der Hand haben, daß wir nicht mehr den Mund auftun könnten. Da werden wir dann unseren Mund auftun, und da wird eine revolutionäre Aktion vorhanden sein, und da werden wir diese revolutionäre Aktion brüderlich unterstützen, so brüderlich, daß es viel revolutionärer wird, als es dem Spartakusbund angenehm sein wird. Diese Leute dort werden sich natürlich mit allen Schlichen und Kniffen dagegen wehren. Aber wir wären nicht die kommunistische Arbeiterpartei, wenn wir nicht darauf eingestellt wären, im Laufe des Kampfes durch die Klarheit unserer Parole und durch das Vordrängen unserer Leute auf der Straße die Dinge an uns zu reißen; und das ist das Entscheidende. Revolution wird ja heute doch nicht mehr so gemacht, daß man wirklich eine Million beisammen hat schön geordnet beisammen, sodaß es losgehen kann, sondern entscheidend ist heute die Bildung von Kraftpunkten, von Kraftzentren, Zentren der Klarheit und der stahlharten Kraft, von denen in den geeigneten Momenten, wo die Menschen zugänglich sind und ohnehin in Bewegung sind, die Kräfte ausstrahlen. Wenn wir uns das klar vor Augen halten, dann verliert auch das Schrecknis der bewaffneten Diktatur der Spartakuszentrale sehr erheblich sein grausames Aussehen. (Sehr richtig!) Denn bevor es dazu kommt, werden wir uns eben nicht nur gegen die Konterrevolution der Bürgerlichen, der Militärs, des Großkapitals, sondern auch gegen die verschleierte Konterrevolution der Spartakuszentrale mit derselben Macht wenden; und dann wollen wir einmal sehen, wer bei diesem Rennen gewinnt! Und ob dann in einem solchen Moment irgendwelche Verträge von früher aus dem Schranke geholt werden (Heiterkeit) - na, darüber brauche ich wohl kein Wort mehr zu verlieren. Das bekannte alte Wort vom Serenissimus ist ja bekannt, wie man ihm sagt. Deine Untertanen machen Revolution, fragt er: ja, dürfen sie denn das? (Heiterkeit)

Hieran schließt sich an das Problem der roten Armee, das zunächst gegenwärtig ein rein theoretisches Problem ist. Wir werden aber rechtzeitig unser Augenmerk darauf richten müssen, in diesem Punkte Klarheit zu gewinnen und diese auch zu verbreiten in dem Sinne, daß die rote Armee nicht eine Parteidgarde werden darf, sondern daß sie das organisierte revolutionäre Proletariat umfassen muß. Eine Reihe von sehr schweren Problemen knüpfen sich hieran, weil man sich nämlich dann auch darüber klar werden muß, wie weit eigentlich das revolutionäre Proletariat reicht und wo das unzuverlässige Proletariat anfängt. Aber wir werden grundsätzlich darauf bestehen müssen, daß nicht eine Parteidgarde die militärische Grundlage der Diktatur des Proletariats darstellen darf, weil wir ja überhaupt die Parteidiktatur grundsätzlich verwerfen.

Damit komme ich zu der Frage, was eigentlich unsere Partei selbst von dem Gedanken der Parteidiktatur, wenn sie nämlich uns in die Hände fiel, zu halten hat. Da erscheint es mir etwas zu viel verlangt zu sein von einer politisch kämpfenden Organisation, wenn man von vornherein, wie der Genosse Schröder es tut, sagt: wir dürfen auch nicht einmal mit dem Gedanken spielen, daß wir jemals die Macht übernehmen wollten. (Sehr gut!)

Psychologisch mag es richtig sein. Aber so empfindlich und so jungferlich dürfen wir nicht sein. Wir sind doch der Meinung, daß unsere Vorstellungen vom Verlauf der sozialen Revolution die richtigen sind und zur Herrschaft gelangen, und die richtige Stoßkraft für den politischen Kampf überhaupt kann sich nur entfalten in der Form des Kampfes um die Macht. Dabei meine ich nicht die Übernahme der Staatsgewalt durch unsere Partei in der Form einer Parteidiktatur, in der Form einer Diktatur des Geschäftsführenden Hauptausschusses (Heiterkeit) oder irgend so etwas Derartiges. Aber wir müssen uns ganz anders, viel stärker, als es aus den Ausführungen des Genossen Schröder hervorging, als organisierte politische Kampforganisation darauf einstellen, mit allen Machtmitteln unseren richtigen Gedanken im Verlauf der sozialen Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. (Sehr gut!) Denn wenn wir das nicht tun, so werden wir damit die anderen nicht davon abhalten, ihrerseits die politischen Machtmittel zu verwenden. (Sehr gut!) Und wenn man sich die konkreten Vorgänge des künftigen Kampfes einmal vor Augen stellt, dann wird man aufhören, so zu warnen, als sei es eine Sünde und ein Verbrechen für Leute, die Politik treiben, irgendwie an die Macht zu denken. Wir dürfen nicht nur propagieren, wir dürfen auch mehr tun. (Sehr richtig!)

Genosse Pfemfert hat in seiner Zeitschrift in einem Antrage ausgespro-

chen, daß die Redaktion der Zeitungen geleitet werden soll von einer Reihe von 4 - 6 handarbeitenden Proletariern, denen Intellektuelle nur als Berater und Mitarbeiter zu Verfügung stehen, und zwar soll diese Redaktions-Kommission häufiger wechseln, damit möglichst zahlreiche Genossen die praktischen Arbeiten der Redaktionen kennen lernen. Das ist an sich richtig und verständlich, damit schon die Proletarier nicht den Intellektuellen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Ich würde auch mit Vergnügen für jede Nummer der Zeitung mit einer solchen Kommission zusammenarbeiten. Aber ein entscheidender Punkt spricht dagegen. Es ist ohnehin schon schwer, mit unserer Zeitung den aktuellen Ansprüchen noch halbwegs nachzukommen. Da die Zeitung kein Geld hat, muß sie sowieso schon etwas nachhinken. Es ist daher richtiger, die Dinge so zu handhaben wie bisher, daß nämlich die Arbeit eben faktisch von ein paar Leuten gemacht wird, die so bewandert sein müssen, daß sie fix arbeiten können. Würden wir so arbeiten wie Genosse Pfemfert vorschlägt und wie es an sich ganz vernünftig ist, würde die Zeitung immer so veraltet herauskommen, daß die Mitglieder damit nichts anfangen könnten. Diese rein praktischen Dinge darf man dabei also nicht ganz vergessen.

Genosse S c h n e i d e r (Ost-Sachsen):

Der Bezirk Ost-Sachsen ist hier wiederholt genannt worden. Richtiger müßte man dafür "Stadt Dresden" sagen. Diese betreffenden Dinge gehen nicht von Ost-Sachsen, sondern von Dresden aus, und zwar nur von einigen Genossen. Solange die K.A.P.D. besteht, ist auch schon ein Kampf gegen sie von Genossen Rühle geführt worden. Ich kann es auch sehr wohl begreifen, daß Genosse Rühle in Moskau absolut nicht den Versuch gemacht hat, den Anschluß der K.A.P.D. an die Dritte Internationale zuwege zu bringen. Das hätte doch eine Stärkung der K.A.P.D. bedeutet, und das wollte er nicht, sondern er wollte der K.A.P.D. so schnell wie möglich den Todesstoß versetzen. Nach dem Gründungsparteitag erklärte Rühle in Dresden, die K.A.P.D. wäre nicht das, was die Proletarier von ihr erwartet hätten, er würde sich aber vorläufig in ihren Dienst stellen, da gegenwärtig nichts anderes vorhanden wäre. Er forderte die Anwesenden in der öffentlichen Versammlung nicht auf, in die K.A.P.D. einzutreten, sondern in die Betriebsorganisation. Wir haben ihm sofort nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt, daß er dort unbedingt an diesem Kongreß hätte teilnehmen müssen, selbst wenn es bloß den Zweck gehabt hätte, den Genossen dort den Standpunkt der K.A.P.D. klarzumachen. (Genosse M e r g e s : Das war nicht mög-

lich!) Man hätte doch dort den Genossen aus Österreich, der Schweiz usw. die früher auf dem antiparlamentarischen Standpunkt standen, das Rückgrat stärken können, damit sie sich nicht von den 21 Thesen ins Boxhorn jagen ließen. Nach der Rückkehr aus Moskau trieb Genosse Rühle eine wüste Hetze gegen Sowjet-Rußland. Wir haben ihn deswegen auf das schärfste bekämpft. Er ließ sich aber nicht davon abbringen, sondern erklärte, es müsse dem Proletariat gesagt werden, wie es in Rußland stehe. Die bürgerlichen Zeitungen sind mit Freuden darüber hergefallen und haben erklärt: seht, seht, selbst ein Rühle sagt es, daß es unmöglich ist, so zu regieren, wie in Rußland regiert wird. Und als die russische rote Armee an der preußischen Grenze stand und Rühle dem Hauptausschuß vorwarf, sie seien Putschisten und wüßten garnicht mehr, was sie wollten, erklärte Rühle bei uns in Dresden, da wir einen Rednerkursus angesetzt hatten: es hat keinen Zweck mehr, Rednerkurse abzuhalten, die Zeiten sind vorbei, wir müssen Leute haben, die wissen, was sie anzufangen haben, wenn es gilt, die Macht zu übernehmen (V o r s i t z e n d e r: Das ist bezeichnend für ihn), die preußischen Genossen werden mit der russischen roten Armee in den nächsten Tagen, vielleicht in den nächsten Stunden dazu übergehen, dem deutschen Proletariat unter die Arme zu greifen. Das war an demselben Tage, an dem er Berlin Putschismus vorwarf. Genosse Rühle hat erklärt, daß er prinzipiell vorläufig gegen die K.A.P.D. sei, daß auch die politische Organisation sich heute bereits überlebt habe, nur noch nicht in allen Teilen des Reiches. (Heiterkeit) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es nicht möglich ist, innerhalb der Betriebsorganisation den Kampf so erfolgreich durchzuführen, wie es im Interesse des Proletariats notwendig ist. Es hat sich bei uns eine kommunistische Gruppe innerhalb der Union konstituiert. Diese hat beschlossen, keine öffentlichen Versammlungen mehr abzuhalten, sondern nur noch Betriebsversammlungen. Wie will man da die Arbeiterschaft aufklären, die nicht in diesen Betrieben steckt, die auf dem Lande ist? Infolge aller dieser Sachen ist der schärfste Kampf innerhalb der Betriebsorganisation ausgebrochen. Innerhalb von Ost-Sachsen haben wir jetzt drei verschiedene Abteilungen der A.A.U. Die eine steht auf dem Standpunkt Rühles, die andere lehnt die Gruppenbildung in der Arbeiter-Union ab und erklärt, überhaupt keine Partei zu brauchen, es genüge die Union. Und die dritte hat nach wie vor den "Kampfklub" als ihr Organ. Diese drei Abteilungen treten gesondert zu ihren Versammlungen zusammen. (Hört, hört! und Zuruf: Autonomie!) Was das für ein Chaos ist, wird jeder begreifen. Nach dem Elektrizitätsarbeiterstreik schrieb Genosse Rühle,